



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



21.11.2013

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Finanzen 2014-2020 unter Dach und Fach

Wie es sich anfühlt, mit einem Knopfdruck eine Billion Euro auszugeben, kann man als Europaabgeordnete genau einmal alle sieben Jahre erleben. Diese Woche war es wieder soweit. Mit der Billigung der Kompromisse zum Haushalt 2014 (142,6 bzw. 135,5 Mrd. Euro) und zum Finanzrahmen 2014–2020 (960 Mrd. Euro an Zahlungszusagen bzw. 908 Mrd. an bereitgestellten Mitteln – das ist erstmals eine Verringerung im Vergleich zum vorherigen Finanzrahmen um ca. 40 Mrd. Euro) setzte das Parlament seinen Schlusspunkt unter einen sprichwörtlichen Verhandlungsmarathon, der seinen Abschluss Dienstag vergangener Woche um viertel nach drei morgens nach einer letzten sechzehnständigen Vermittlungsrunde gefunden hatte. Ich sehe das Ergebnis mit gemischten Gefühlen: Einerseits wurden bestehende Haushaltsprobleme teils nicht gelöst, sondern nur auf die lange Bank

geschoben, insbesondere die Frage, wie die bisher aufgelaufenen, aber noch nicht eingelösten Zahlungszusagen in Höhe von 313 Mrd. Euro finanziert werden sollen. Hier werden sicher Nachbesserungen nötig sein. Andererseits ist nun endlich der Weg frei für den Start der neuen Agrar-, Struktur-, Forschungs-, Erasmus- und weiteren Förderprogramme. Auch hierfür sind die Rechtsgrundlagen jetzt vom Parlament beschlossen worden.

Keine Gehaltserhöhung für EU-Mitarbeiter

Die Weigerung der EU-Regierungen, die Bezüge der EU-Bediensteten im Jahr 2011 um 1,7 Prozent anzuheben, war rechtens. Das hat der Europäische Gerichtshof am Dienstag entschieden. Die Mitgliedstaaten hatten sich auf eine Ausnahmeklausel im Personalrecht berufen, laut der bei einer „erheblichen und abrupten Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage“ die jährliche Gehaltsanpassung ausgesetzt werden kann. Diese erfolgt sonst automatisch auf Basis der jährlichen Teuerung und

der Gehaltsentwicklung der öffentlichen Dienste in den Mitgliedstaaten. Das Gericht gab den Mitgliedstaaten nun Recht und wies damit die Klage der Kommission ab. Ein faires Urteil, wie ich finde, das die finanziellen Realitäten der Beschäftigten in den EU-Ländern widerspiegelt. Die Kommission muss nun sagen, wie mit den Rückstellungen für den – nicht eingetretenen – Fall einer Annahme der Klage umgegangen werden soll.

Sacharow-Preis an 16-Jährige überreicht

Die 16-jährige pakistanische Menschenrechtsaktivistin Malala Yousafzaï, die für das Recht der Mädchen auf Bildung kämpft, hat den diesjährigen Sacharow-Preis gewonnen. Er ist ihr jetzt in einer feierlichen Sitzung überreicht worden. Malala, die sich auch durch Drohungen und Taliban-Angriffe von ihrem Einsatz für mehr Bildung nicht abbringen ließ, warb in einer bewegenden Dankesrede für mehr Gleichberechtigung und bessere Chancen: „Die Stärke eines Landes kann man nicht an der Größe seiner Armee

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 158 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax +3222849868
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax +33388179868
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



21.11.2013

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

ablesen, sondern an der Anzahl gebildeter Menschen.“ Recht hat sie!

Gedenken an die Opfer von Taifun Haiyan

Am 8. November hat der Taifun Haiyan breite Landstriche auf den Philippinen verwüstet, über 2.500 Menschen getötet und 660.000 obdachlos gemacht. Das Parlament gedachte der Opfer nun in einer Schweigeminute. Die EU hat sich zu humanitärer Soforthilfe und langfristiger Unterstützung beim Wiederaufbau verpflichtet.

Neue Zielvorgabe für Frauen in Aufsichtsräten

Das Parlament hat sich für eine Steigerung des Frauenanteils in Aufsichtsräten auf 40% bis 2020 ausgesprochen. Die Regelung würde nur für börsennotierte Unternehmen gelten, ausgenommen sind zudem kleine und mittlere Unternehmen (weniger als 250 Beschäftigte, Jahresumsatz höchstens 50 Mio. Euro, oder Bilanzsumme höchstens 43 Mio. Euro). Sanktionen bei Nichteinhaltung soll es aber nur geben, wenn die Rekrutierungsprozesse einer Firma nicht den formalen Vorgaben entsprechen, und nicht, wenn sie es aus anderen Gründen nicht schaffen, die Quote zu erreichen. In jedem Fall bleiben Qualifikation und Verdienst die zentralen Kriterien bei der Stellenvergabe. Der Ministerrat muss den Regeln jetzt noch zustimmen.

Die EU leistet ihren Beitrag, damit die von der Flutkatastrophe im Mai und Juni betroffenen Menschen sich ihre Existenz wieder aufbauen können. Dazu hat das Parlament jetzt zur Beseitigung der Schäden 360,5 Mio. Euro aus dem Solidaritätsfonds der EU freigegeben.

EU-Hilfe für deutsche Flutopfer

Für einigen Wirbel sorgte in den letzten Wochen der Vorschlag der Kommission für eine Änderung der Verpackungsrichtlinie – steht nun etwa das flächendeckende Verbot von Plastiktüten in der EU bevor? Tatsächlich will der

Bald weniger Plastiktüten in der EU?

Entwurf es den Mitgliedstaaten nur rechtlich ermöglichen, durch – bisher nach EU-Recht nicht zulässige – Maßnahmen, zu denen auch Steuern oder ein Tütenverbot gehören können, das Aufkommen an Tüten mit einer Foliendicke von weniger als 0,05 Millimetern zu reduzieren. Welche Maßnahmen sie ergreifen, entscheiden die Länder jeweils selbst. Während in Deutschland hier eigentlich kein Handlungsbedarf besteht, verbraucht in manchen Mitgliedstaaten Ost- und Südeuropas jeder Einwohner im Schnitt mehr als 400 Tüten pro Jahr. Nicht fachgerecht entsorgt belasten die Tüten als Plastikmüll u.a. die Ozeane schwer. Genau hier, bei der tatsächlichen Umsetzung der geltenden EU-Regeln zur Müllentsorgung nämlich, müsste die Kommission ansetzen!

Besuch aus der Heimat im Europaparlament

Diese Woche hatte ich zwei große Schülergruppen zu Gast: das Gymnasium Friedrich II. aus Lorch und das Hans-Baldung-Gymnasium aus Schwäbisch Gmünd.

Besuch aus der Heimat im Europaparlament

So können Sie mich erreichen: